

U MWELTSCHUTZ SCHLESWIG-HOLSTEIN e.V.

Mitglied im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz



P R E S S E E R K L Ä R U N G

=====

Umweltschutz
Schleswig-Holstein e. V.
Am Sande 21

2301 Revensdorf

Tel. (0 43 46) 16 98

Betr.: Gerichtsverhandlung des OVG-Lüneburg zur Aufhebung des Baustopps
des Atomkraftwerkes in Brokdorf am 11. und 12. Oktober 1977

Zur Verhandlung des OVG Lüneburg in Schleswig zur Aufhebung des Baustopps
des Atomkraftwerkes Brokdorf hat die Landesvertreterkonferenz des Landes-
verbandes Umweltschutz Schleswig-Holstein am Wochenende folgende Stellung-
nahme verabschiedet:

Nach mehreren mutigen Gerichtsurteilen in Atomkraftwerksprozessen, in de-
nen die Richter ein großes Maß an Unabhängigkeit und Verantwortungsbewußt-
sein zeigten, hoffen wir, daß auch diese Entscheidung des OVG Lüneburg er-
neut die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung vor kommerzielle Interessen
stellen wird.

Der Sachverhalt selbst, um den es in diesem Prozess geht, hat sich seit der
ersten Verhandlung im Februar 1977 nicht geändert. Das Verwaltungsgericht in
Schleswig hatte seinerzeit unter Bezugnahme auf das Immissionsschutzgesetz
das Konzept zur Beseitigung des anfallenden Atommölls aus dem Atomkraftwerk
Brokdorf für ungenügend erklärt.

Die bisher im Ausland, vor allem in den USA und in Frankreich gemachten Ver-
suche zur Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente machen die bisherige
Unlösbarkeit des Problems deutlich.

Davon überzeugen konnte sich eine deutsche Parlamentarierkommission, die die
französische Wiederaufbereitungsanlage in La Hague besuchte und ganz klar
wurde es jedem, der den Bericht "Atommöll" am 4. Oktober 1977 im dritten Fern-
sehprogramm der ARD gesehen hatte. Dieser Bericht stellte die ungelösten Atom-
möllprobleme der USA seit 1944 dar.

Auch die neuerdings propagierte Zwischenlagerung der abgebrannten Brennele-
mente als Ausweichmöglichkeit wirft eine Reihe schwerwiegender Probleme auf,
die bisher nicht gelöst sind.

Wir wenden uns in dieser Situation entschieden gegen den Versuch der Atom-
industrie, Mangel an technischer Erfahrung durch behördliche Beschlüsse zu
ersetzen, die das Atommöll-Problem für gelöst erklären. Bei einem solchen
Versuch werden gesundheitliche Gefahren, insbesondere Erbschäden und Krebs,
bewußt in Kauf genommen und auf unvorstellbare Zeiträume sanktioniert.

Der Begründung der NWK und der Landesregiereregierung ist schon deshalb der
Boden entzogen worden, weil

einerseits die Genehmigungsbehörde mit Zuwachsraten im Stromverbrauch von 8 - 12 % argumentierte, während ein Gutachten der VDEW Zahlen von 3,6 % ab 1980 nur noch 1,5 % Zuwachs beim Haushaltsstrom angibt. Mit der angeblich so hohen Zuwachsrate von Haushaltsstrom wurde bisher die Notwendigkeit des Baues von Atomkraftwerken begründet;

andererseits lag der Entscheidung zum Bau des Atomkraftwerkes Brokdorf das Atomprogramm der Bundesregierung in Höhe von 50 000 MW Atomstrom bis 1985 zugrunde.

Inzwischen ist dieses Programm jedoch auf 30 000 MW reduziert worden.

Aus diesen Gründen entfällt die Dringlichkeit für den Bau des Atomkraftwerkes Brokdorf.

Zusätzlich wird darauf hingewiesen, daß durch Energiesparmaßnahmen das Atomprogramm noch wesentlich weiter reduziert werden kann, ohne daß der Lebensstandard der Bundesbürger gesenkt werden müßte. Gerade auch der Einsatz von Alternativen zur Atomenergie hat die Schaffung einer sehr großen Anzahl von Arbeitsplätzen zur Folge.

Wir fordern daher die Landesregierung auf, die sofortige Vollziehbarkeit der ersten Teilerrichtungsgeheimigung zurückzunehmen, da nachgewiesenmaßen die Notwendigkeit des Baues des Atomkraftwerkes Brokdorf nicht besteht.

Die Bürgerinitiativen Umweltschutz, die im Landesverband Umweltschutz Schleswig-Holstein e. V. zusammengeschlossen sind, achten die Würde und Integrität der Gerichte.

Dies erwarten wir auch von der Landesregierung.

Die Äußerung von Ministerpräsident Dr. Stoltenberg "Wir kennen ja die Rechtsprechung der oberen Gerichte" lassen jedoch erhebliche Zweifeldaran aufkommen, daß die Landesregierung die Würde und Unabhängigkeit von Gerichten respektiert.

Für die Richtigkeit:

UMWELTSCHUTZ SCHLESWIG-HOLSTEIN e.V.

1. Vorsitzender